

Fragen

für die Fragestunde der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Februar 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	14, 15
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	19, 20
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 34	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 80
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	60, 61	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35
Brandner, Stephan (AfD)	30, 31	Kober, Pascal (FDP)	46, 47
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 75
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 74
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	56	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)	44, 45	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	8, 48
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	36
Gottschalk, Kay (AfD)	1, 2	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	9, 10	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Hoffmann, Bettina, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	21	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Strasser, Benjamin (FDP)	24, 25
Sattelberger, Thomas, Dr. h. c. (FDP)	37	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77	Suding, Katja (FDP)	57
Schmidt, Uwe (SPD)	62, 63	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	58, 59
Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	7, 81	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	3, 33
Schulz, Uwe (AfD)	54, 55	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	23

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)

Ist der Bundesregierung die aus einer gegenwärtig geschätzten Zahlungslücke in Höhe von derzeit etwa 326 Mio. Euro beim Freiwilligen Pensionsfonds des EU-Parlaments drohende Insolvenz dieses Fonds bekannt (ZEIT ONLINE vom 22. Januar 2018/DIE WELT vom 22. Januar 2018), und kann sie diese bestätigen?
2. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass zum Ausgleich dieser Finanzierungslücke der deutsche Steuerzahler herangezogen wird?
3. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Vorschlägen, die Thomas Mayer und Norbert F. Tofall jüngst in ihrem Kommentar zu Wirtschaft und Politik am 2. Februar 2018 „Die neue deutsche Europapolitik hat keine Interessen“ (S. 8) des Flossbach von Storch RESEARCH INSTITUTE unterbreitet haben, im Detail?
4. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Von wann genau (Kalenderdatum bitte) stammen die derzeitigen Vereinbarungen mit der russischen Regierung über Herstellung und Lieferung russischer Brennelemente mit hochangereichertem Uran (HEU) für den Forschungsreaktor FRM II, auf die sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 34 in der Fragestunde vom 31. Januar 2018 bezog (vgl. Plenarprotokoll 19/10), und aus welchem Land wird der französische Forschungsreaktor Jules Horowitz nach Kenntnis der Bundesregierung seine HEU-Brennelemente beziehen (bei Unkenntnis bitte mit Angabe, ob es betreffende Erkenntnisgewinnversuche gab)?
5. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Schlussfolgerung aus dem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages „Seenotrettung im Mittelmeer“ (WD 2–3000–013/18), dass durch die Übertragung von Aufgaben der italienischen Seenotrettungsleitstelle (MRCC – Maritime Rescue Coordination Centre) an die libysche Küstenwache sowie durch eine Blockade von Flüchtlingsbooten durch Schiffe unter italienischer Flagge es

durch die Verbringung von Geflüchteten durch die libysche Küstenwache nach Libyen zu einem Verstoß gegen das Verbot einer Zurückweisung (non-refoulement) nach der Genfer Flüchtlingskonvention kommen kann?

6. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird sich die Bundesregierung für ein sofortiges Ende der Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache einsetzen, und wenn nein, warum nicht?

7. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Welche Beschlüsse wurden nach Informationen der Bundesregierung auf der High Level Conference on Sahel vom 23. Februar 2018 in Brüssel bezüglich der G5-Sahel Joint Forces gefasst (http://europa.eu/rapid/press-release_AGENDA-18-641_en.htm), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der kritischen Bewertung des Aufbaus und der Finanzierung dieser Eingreiftruppe durch die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die in dem Aufbau dieser Eingreiftruppe durch europäische Länder die Gefahr sieht, eine Militarisierung des Konflikts voranzutreiben, während gleichzeitig eine dringend notwendige Sicherheitsreform in den Sahelländern sowie die Beleuchtung endogener Ursachen der derzeitigen Krise (wie dem Fehlen von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Dienstleistungen) ausbleibe (www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A76_tll.pdf)?

8. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Aus welchen Gründen erklärt die geschäftsführende Bundesregierung ihre Einstufung des Kriegs im Jemen als bewaffneten innerstaatlichen Konflikt (vgl. Antwort des Staatsministers Michael Roth auf meine Mündliche Frage 28, Plenarprotokoll 19/10), obwohl die Amtszeit des jemenitischen „Präsidenten“, als er um die Militärintervention einer Koalition unter Führung Saudi-Arabiens bat, bereits seit einem Jahr abgelaufen war (bitte die Antwort ausführlich und unter Bezugnahme auf die völkerrechtliche Position der Bundesregierung begründen)?

9. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob der nach meiner Kenntnis geäußerte Wunsch der Türkei, an dem Westbalkan-Gipfel der EU mit den sechs Westbalkanstaaten am 17. Mai 2018 in Sofia teilzunehmen, seitens der EU mit dem Verweis abgelehnt wurde, dass es sich um einen Gipfel allein für die Westbalkanregion handle und nicht um einen „enlargement policy summit“ und man „die Türkei derzeit nicht mit dem Thema EU-Erweiterung in Verbindung bringen wolle“ (www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/annaeherung-eu-spitze-trifft-sich-mit-erdogan), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Absage an eine Teilnahme der Türkei an dem Westbalkangipfel dem Umstand Rechnung trägt, dass die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei auf Eis liegen, wobei eine formelle Suspendierung der Beitrittsgespräche nicht angestrebt wird, obwohl viele tausende Menschen in der Türkei inhaftiert oder in Untersuchungshaft sind, seit Monaten auf eine Anklage warten und Verfassungswidrigkeiten von Strafgerichten ignoriert werden (www.derstandard.de/story/2000072576941/fuer-hahn-ist-naechste-eu-erweiterung-2025-machbar)?
10. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis, ob die Türkei gegenüber der EU die Ausrichtung eines Gipfels zwischen der EU und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit angeregt hat, in dessen Rahmen wichtige Themen, die in gemeinsamem Interesse lägen wie die Krim, die Situation der Rohingya, Syrien und der Westbalkan erörtert werden sollen, und inwieweit unterstützt die Bundesregierung diesen Vorschlag?
11. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bedingungen hat die türkische Regierung im Zusammenhang mit der Freilassung Deniz Yücel aus der türkischen Haft an die Bundesregierung gestellt?

12. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die kriegerischen Handlungen der Türkei gegen die Kurdenmiliz YPG in Syrien, und kann die Bundesregierung eine deutsche Beteiligung am geplanten Bau des türkischen Kampfpanzers „Altay“ ausschließen?
13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welcher Personalstärke sind islamistische bzw. dschihadistische Gruppen wie Hay'at Tahrir al-Sham (frühere Al-Nusra-Front) nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlichen) in der syrischen Region Ost-Ghouta aktiv (www.derstandard.de/story/2000074666864/assadstopgeneral-vor-den-toren-der-ost-ghouta), und inwiefern sind diese islamistischen Gruppen von dort aus an Angriffen auf die Bevölkerung in der syrischen Hauptstadt Damaskus beteiligt?
14. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Themen sollten aus Sicht der Bundesregierung auf der Agenda des für Ende März 2018 terminierten EU-Türkei-Gipfels in Bulgarien stehen, wozu vermutet wird, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Migrationspolitik, die Aufstockung des EU-Türkei-Migrationsabkommens um 3 Mrd. Euro, Energiefragen und der Studentenaustausch im Rahmen des Erasmus-Programms behandelt werden („Der neue Termin des EU-Türkei-Gipfels ist bewusst gewählt“, welt.de vom 18. Januar 2018), und inwiefern wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auch die jüngsten Völker- und Menschenrechtsverletzungen angesprochen werden, zumal der Gipfel nur wenige Wochen vor der Veröffentlichung des Türkei-Länderreports durch die EU-Kommission ausgetragen wird, der nach Mutmaßungen der Zeitung „DIE WELT“ „ungewöhnlich kritisch ausfallen“ könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welchen weitergehenden Bedarf an deutscher Unterstützung „increased German support“ im Bereich der Grenzsicherung, der Bekämpfung von Terrorismus und irregulärer Migration oder der Militärkooperation (auch Grenzüberwachung) hat der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry

in einem Treffen mit der deutschen Bundesministerin der Verteidigung und dem deutschen Bundesinnenminister deutlich gemacht („FM: Egypt seeking increased German support in border control“, www.egypttoday.com vom 17. Februar 2018; bitte die konkreten Bedarfe schildern), und welche noch nicht entschiedenen Maßnahmen werden derzeit zur Konkretisierung der am 27. August 2017 unterzeichneten Vereinbarung zur deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit im Migrationsbereich beraten (Antwort auf Bundestagsdrucksache 19/564 zu Frage 13)?

16. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie viele Asylsuchende aus der Türkei sind nach Kenntnis der Bundesregierung seit November 2017 laut der ab Januar 2017 zur Verfügung stehenden auf Personendaten basierenden Asylgesuchstatistik in Deutschland neu registriert worden, und wie hoch war die bereinigte Schutzquote in Bezug auf Asylsuchende aus der Türkei in diesem Monat (bitte entsprechend den Monaten in absoluten und relativen Zahlen angeben; vgl. Bundestagsdrucksache 18/13683, Antwort zu Frage 5)?

17. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Haben sich Bundesländer an die Bundesregierung gewandt, um die Problematik der Rückforderungen gegenüber Verpflichtungsgebern gemäß § 68 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 27 und 28 auf Bundestagsdrucksache 19/189) zu thematisieren, und wenn ja, welche Bundesländer?

18. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Lösungsansätze werden in Gesprächen zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung bezüglich der Problematik der Rückforderungen gegenüber Verpflichtungsgebern gemäß § 68 AufenthG (vgl. die Antworten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen Fragen 27 und 28 auf Bundestagsdrucksache 19/189) erörtert?

19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele afghanische Staatsangehörige sind derzeit ausreisepflichtig (bitte nach Bundesländern differenzieren und für die zehn wichtigsten Bundesländer angeben, wie viele dieser ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen über eine Duldung verfügen), und wie erklärt sich die

Bundesregierung, dass Ende 2017 gut 4 000 ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige über keine Duldung verfügten (Bundestagsdrucksache 19/633, Antwort zu Frage 33), obwohl Abschiebungen nach Afghanistan von wenigen Ausnahmen abgesehen derzeit nicht möglich sind (bitte ausführen)?

20. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Warum werden afghanische Asylsuchende nicht zu Integrationskursen und anderen Integrationsmaßnahmen zugelassen, obwohl sie unter Berücksichtigung der Gesamtschutzquote und von Anerkennungen eines Schutzstatus durch die Gerichte (vgl. Bundestagsdrucksache 19/385, Antworten zu den Fragen 1 und 15) sowie infolge von humanitären Bleiberechtsregelungen eine sogenannte gute Bleibeperspektive haben, d. h. dass über 50 Prozent vermutlich einen Status erhalten werden (bitte ausführen), und inwieweit nimmt das BAMF in seiner aktuellen Entscheidungspraxis bei jungen gesunden männlichen Asylsuchenden aus Afghanistan grundsätzlich eine inländische Fluchtalternative in Afghanistan unabhängig von etwaigen familiären Netzwerken an, weil diese zumindest in Städten sicher, zumutbar und unter Wahrung eines menschenwürdigen Existenzminimums leben können sollen (bitte ausführen und begründen)?

21. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Sind der Bundesregierung die besorgniserregenden Probleme mit georgischen organisierten Banden bekannt, die im Zuge der Visafreiheit für Georgier verstärkt nach Deutschland kommen, Asyl beantragen, Sozialleistungen beziehen und ihren Aufenthalt für bandenmäßigen Diebstahl nutzen, und welche Gegenmaßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, bzw. gibt es Überlegungen seitens der Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene im Sinne des vereinbarten Überprüfungs- und Aussetzungsmechanismus für eine Rücknahme der Visafreiheit für Georgier einzusetzen (www.welt.de/regionales/nrw/article173662858/Georgische-Banden-nutzen-Visafreiheit-aus.html)?

22. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die fachliche Bewertung der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, welche nach mir vorliegenden Informationen im März 2017 einen Beratungs- und Kontrollbesuch in der Zentrale des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

(BAMF) durchgeführt und hierbei auch das IT-System MARIS betrachtet hat, und insbesondere das bestehende Rechte- und Rollenkonzept für MARIS, welches einen bundesweiten Zugriff einer Vielzahl von Beschäftigten auf die Daten fast aller Asylsuchender ermöglicht, der Bundesregierung gegenüber als zu weitreichend bewertet und entsprechende Anpassungen, auch im Hinblick auf die derzeit fehlende Möglichkeit einer umfassenden Protokollierung lesender Zugriffe auf das System MARIS, gefordert hat, und wird die Bundesregierung ihr vollumfänglich Folge leisten bzw. Anpassungen vornehmen?

23. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang und durch wen hat die Bundesregierung die Analyseverfahren für die Auswertung der gesammelten Fluggastdaten bereits entwickelt?

24. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)

Besteht aus Sicht der Bundesregierung aufgrund einer gestiegenen Anzahl sog. islamistischer Gefährder ein erhöhtes Gefährdungspotential für Bedienstete im deutschen Strafvollzug, und welche konkreten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über gewalttätige Übergriffe gegen Personal im deutschen Strafvollzug durch den genannten Personenkreis (vgl. DIE WELT vom 21. Februar 2018)?

25. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)

Wie hoch waren die Gesamtkosten für Einsätze der Bundespolizei im Rahmen von Hochrisikospiele der 1. Fußball-Bundesliga und der 2. Fußball-Bundesliga in den Jahren 2015, 2016 und 2017, und erwägt die Bundesregierung eine Beteiligung der DFL (Deutsche Fußball Liga GmbH) bzw. der betroffenen Fußballclubs an den Kosten der Einsätze?

26. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich von Geldtransfers aus Russland an die PATRIZIA Immobilien AG im Rahmen des Verkaufs von 32 000 landeseigenen Wohnungen der Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft (GBW) für 2,5 Mrd. Euro, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München I in diesem

Fall aufgrund politischer Einflussnahme verhindert wurden (www.tagesschau.de/inland/gbw-immobiliendeal-101.html)?

27. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung von den Geldwäscheverdachtsanzeigen im Zusammenhang mit dem Verkauf von 32 000 landeseigenen Wohnungen der Bayerischen Staatsregierung an die PATRIZIA Immobilien AG im Jahr 2013, wie am 22. Februar 2018 im ARD-Magazin Monitor öffentlich gemacht, erfahren, und welche Stellen des Bundes waren im Einzelnen informiert?

28. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem am 22. Februar 2018 öffentlich gemachten Fall, wonach die Bayerische Staatsregierung verschiedenen Geldwäscheverdachtsanzeigen im Zusammenhang mit dem Verkauf von 32 000 landeseigenen Wohnungen an die PATRIZIA Immobilien AG im Jahr 2013 nicht nachgegangen sei, und gedenkt die Bundesregierung die in diesem Zusammenhang stehenden Verdachtsanzeigen, falls noch nicht bereits an bundesstaatliche Behörden weitergeleitet, zu einer unabhängigen Prüfung einzufordern?

29. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den infolge der Geldwäscheverdachtsmeldungen beim Bundeskriminalamt geführten Ermittlungen im Fall des Verkaufs von Wohnungen des Freistaats Bayern an die PATRIZIA Immobilien AG (vgl. tagesschau.de, 21. Februar 2018) bei, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die jüngst erfolgte Umstrukturierung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) hinsichtlich der Möglichkeit, zukünftig bessere Ermittlungserfolge zu erzielen?

30. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Personen (m/w), die in den neuen Bundesländern (= ehemalige DDR) vor dem 3. Oktober 1990 geboren wurden, sind derzeit in welchen obersten Bundesbehörden beschäftigt, und wie hat sich deren Anteil im Vergleich zum 4. Oktober 1990 entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

31. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsachenbehauptung mit dem Wortlaut „Die weit überwiegende Mehrheit der Doppelstaatler steht offensichtlich deutlich entschlossener hinter unserem Grundgesetz als die selbsternannten Patrioten bei AfD und Pegida“, die der amtierende Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz laut der Netzseite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz am 15. Februar 2018 im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) geäußert hat (www.bmjbv.de/SharedDocs/Zitate/DE/2018/021518_RND.html?nn=6704286)?
32. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält es die Bundesregierung für erforderlich (wie der Vorsitzende des Berliner Mietervereins e. V., vgl. www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/01/wohnungstausch-boerse-bausenatorin-lompscher-berlin-.htm/listall=on/print=true.html), zur Belegung des Wohnungsmarkts Mietern gegenüber auch nichtkommunalen Vermietern einen Rechtsanspruch auf Tausch ihrer (z. B. größere gegen kleinere) Wohnung zu je unveränderten mietvertraglichen Bedingungen bundesgesetzlich zu regeln, und falls ja, wird die Bundesregierung dem Bundestag alsbald einen solchen Gesetzentwurf vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

33. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Refinanzierungsfähigkeit Griechenlands nach Auslaufen des dritten Hilfspaketes im August dieses Jahres?
34. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Warnung der Deutschen Bundesbank (TAGESSPIEGEL ONLINE vom 19. Februar 2018, www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bundesbank-warnt-immobilienpreise-in-grossstaedten-um-35-prozent-ueberbewertet/20978348.html), dass in den bundesdeutschen Großstädten die Immobilienpreise um bis zu 35 Prozent überbewertet sind, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits dagegen unternommen oder geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

35. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist der Aufbau einer Produktionsstätte der Firma Heckler & Koch GmbH in den USA genehmigungspflichtig nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), und gibt bzw. gab es hierzu ein Genehmigungsverfahren (www.dw.com/de/waffenbauer-heckler-koch-setzt-auf-usa/a-38683123)?
36. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche – auch terminlichen – Voraussetzungen müssen nach Kenntnis und aus Sicht der Bundesregierung erfüllt sein, damit das vom Düsseldorfer Konzern Rheinmetall AG und der türkischen Omnibus- und Lastwagenfabrik BMC gegründete Gemeinschaftsunternehmen RB55 die für die – laut Medienberichten – in der Türkei geplante Konstruktion und den Bau des neuen Panzertyps Altay von deutschen Regierungsstellen zwingend erforderliche Genehmigung sowie den diese Genehmigung voraussetzenden, jedoch bisher von der türkischen Regierung offenkundig lediglich in Aussicht gestellten Auftrag tatsächlich erhalten

kann, nachdem der Bundesminister des Auswärtigen Sigmar Gabriel betont hat, dass die Freilassung des Journalisten Deniz Yücel an keinerlei Zugeständnisse seitens der Bundesregierung gebunden war (FAZ vom 18./20. Februar 2018; BR24 vom 25. Januar/12. Februar 2018)?

37. Abgeordneter
Dr. h. c. Thomas Sattelberger
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu der Feststellung im Jahresgutachten 2017/2018 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Bundestagsdrucksache 19/80), dass die deutsche Rechtslage die Digitalwirtschaft in innovationshemmender Weise reguliert, und was hält die Bundesregierung davon ab, diese Innovationshemmnisse zu beseitigen?
38. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Könnte durch das Kriterium der Höhe der Netzentgelte bei der Vergabe von Wegenutzungsrechten für Stromleitungen eine Benachteiligung für die Netzbetreiber entstehen, die insbesondere Konzessionen in ländlichen Räumen mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien halten?
39. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Höhe der Netzentgelte eines Netzanbieters ein zulässiges Kriterium bei der Vergabe von Wegenutzungsrechten für Stromleitungen bei der Entscheidung der Kommune für diesen Netzbetreiber, auch wenn die Höhe des Netzentgeltes im Wesentlichen durch die Struktur des restlichen Netzgebietes bestimmt ist und nicht durch die Effizienz des Anbieters im Gebiet, für welches die Konzession vergeben wird?
40. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass das Vorsorgeprinzip als Regulierungsprinzip der EU eindeutig im Handelsabkommen der EU mit den Staaten des Gemeinsamen Marktes Südamerikas (Mercosur) aufgenommen wird, und wie will die Bundesregierung ausschließen, dass das Mercosur-Abkommen bereits heute existierende problematische Entwicklungen in den Mercosur-Staaten, wie die Abholzung des tropischen Regenwaldes oder die Landvertreibung, weiter befeuert?

41. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Bundesregierung im Rat der EU bzw. im Handelsministerrat hinsichtlich der Etablierung eines Schiedsgerichtssystems im modernisierten Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko positioniert, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen über entsprechende Regelungen im EU-Mexiko-Abkommen, wie ein sanktionsbewehrtes Nachhaltigkeitskapitel, gegen Menschenrechtsverstöße und Umweltzerstörung transnational agierender Unternehmen vorgehen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

42. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2015, 2016 und 2017 die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland dar (unterschieden nach insgesamt, Erwachsenen, Frauen, Männern, Kindern, ohne jede Unterkunft auf der Straße lebend), und wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Anzahl der wohnungslosen Menschen bis zum Jahr 2020 ein?
43. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele wohnungslose Menschen sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2016, 2017 sowie bislang im Jahr 2018 erfroren, und wie schätzt die Bundesregierung die Maßnahmen der Bundesländer und Kommunen ein, um Kältetote zu verhindern?
44. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Mit welchem Erfolg haben die rund 85 000 Teilnehmer des Jahres 2017 die Kurse für die berufsbezogene Deutschsprachförderung des Bundes absolviert (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 14, Plenarprotokoll 19/13), und

welcher Anteil an der Gesamtzahl der nach Deutschland zugewanderten Asylbewerber im Alter zwischen 18 und 67 wurde mit den Kursen bislang erreicht?

45. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zur Steigerung der Teilnehmerzahlen an den Kursen für die berufsbezogene Deutschsprachförderung des Bundes plant die Bundesregierung derzeit, und mit welchen zusätzlichen damit verbundenen Kosten rechnet die Bundesregierung in den Jahren 2018, 2019 sowie 2020?
46. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viel kostet die Jobcenter durchschnittlich die Einrichtung einer Arbeitsgelegenheit nach § 16d des zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), und in welcher Spanne bewegen sich diese Kosten (bitte einzeln auflühren nach Teilnehmervergütung, Erstattung an die Träger der Arbeitsgelegenheiten und weiteren Kosten)?
47. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viele Menschen nahmen im letzten Jahr an einer Arbeitsgelegenheit nach § 16d SGB II teil, und wie viele von ihnen wiederholt?
48. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Grundlagen gedenkt die geschäftsführende Bundesregierung herzustellen, um armutsfeste Renten in Deutschland zu schaffen, und wie bewertet die geschäftsführende Bundesregierung die Situation der Altersarmut in Deutschland aus menschenrechtlicher Perspektive und vor dem Hintergrund des verfassungsgerichtlich bestätigten Rechts auf ein soziokulturelles Existenzminimum?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

49. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung dazu, punktuell bzw. in schlechten Phasen den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden auf ökologischen bewirtschafteten Flächen zuzulassen, wie es auch die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner vorgeschlagen hat (www.br.de/nachrichten/kloeckner-will-im-oekolandbau-pestizide-erlauben-100.html), und wie wäre dieser Vorschlag gegebenenfalls rechtlich umsetzbar?
50. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist Glyphosat nach Auffassung der Bundesregierung als nicht krebserregend einzustufen, oder ist nach derzeitigem Stand der Wissenschaft bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung ein Risiko für Krebsentstehung durch Glyphosat für den Menschen über die Nahrung unwahrscheinlich?
51. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Mengen an Glyphosat haben die Bundeswehr, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in den letzten drei Jahren eingesetzt, und zu welchem Zweck (bitte einzeln und nach Jahren auflisten)?
52. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Umstellungen, die durch das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration ab dem 1. Januar 2019 notwendig sind, auf den verschiedenen Stufen der Lebensmittelkette „zweifelsfrei geklärt“ sind, wie vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft angekündigt (www.bmel.de/DE/Tier/Tierschutz/texte/TierschutzTierhaltung.html;jsessionid=0C10D73EC3B71A4CA3565962D268E5E0.1_cid367?nn=310198¬-First=False&docid=2631814), und welche Methode ist nach Kenntnis der Bundesregierung für einen durchschnittlichen konventionellen Betrieb mit 227 Zuchtsauen am geeignetsten?

53. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung begründete Hinweise, dass die Frist für ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration (1. Januar 2019) nicht eingehalten werden kann, und wie hat sich die Struktur der Sauenhaltung in den letzten zehn Jahren entwickelt (gehaltene Sauen, Anzahl der Betriebe)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

54. Abgeordneter
Uwe Schulz
(AfD)
- Wie hoch (in Euro) war das jährliche durch das Bundesverteidigungsministerium verantwortete Auftragsvolumen an das Beratungsunternehmen McKinsey & Company, Inc. im Zeitraum von 2009 bis 2013 (pro Jahr)?
55. Abgeordnete
Uwe Schulz
(AfD)
- Wie hoch (in Euro) war das jährliche durch das Bundesverteidigungsministerium verantwortete Auftragsvolumen an das Beratungsunternehmen McKinsey & Company, Inc. im Zeitraum von 2014 bis 2017 (pro Jahr)?
56. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wie viele der 16 in Dienst gestellten A400M-Maschinen der Luftwaffe sind aktuell vollumfänglich einsatzbereit, und inwieweit wurden diese im Jahr 2018 bereits zu Ausbildungs- und Einsatzflügen genutzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

57. Abgeordnete
Katja Suding
(FDP)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs 2014 nur um fünf Jahre verlängert und nicht verstetigt (<https://beauftragter-missbrauch.de/presse-service/pressemitteilungen/detail/news/jetzt-handeln-missbrauchsbeauftragter-roerig-stellt-programm->

zur-konsequenten-bekaempf/), obwohl Fälle wie kürzlich in Staufen zeigen, dass Kindesmissbrauch nach wie vor ein gravierendes Problem ist, und in welchem Zeitrahmen soll das passieren?

58. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Inwiefern möchte die Bundesregierung der Forderung des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V. (VAMV) nachkommen, den Unterhaltsvorschuss nicht mehr auf den Kinderzuschlag anzurechnen?

59. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Inwiefern plant die Bundesregierung, den Vorschlag des VAMV umzusetzen, Alleinerziehenden bis zur verbesserten gesetzlichen Regelung im Unterhaltsvorschussgesetz die Möglichkeit zu geben, zwischen Kinderzuschlag oder Unterhaltsvorschuss zu wählen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

60. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Welchen Einfluss nimmt die Bundesregierung durch entsprechende Regelwerke auf die bedarfsgerechte Ausbildung der Assistenzberufe des Medizinisch-technischen-Radiologieassistenten, des Medizinisch-technischen-Laborassistenten, und welche Möglichkeiten sieht sie, dass den Auszubildenden eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird?

61. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Inwieweit plant die Bundesregierung eine Gesetzesänderung, um Krankenhäusern zukünftig die Möglichkeit zu bieten, als Ausbilder in den oben genannten Berufen zu agieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

62. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- In wie vielen Fällen haben das Havariekommando – gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer – oder gleichwertige Einrichtungen vorbeugend bzw. helfend bei zu befürchtenden Kollisionen mit Containerschiffen und Frachtern im Nationalpark Wattenmeer im Zeitraum von 2013 bis 2017 eingegriffen?
63. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)
- Was waren in den vorliegenden Fällen die Gründe für die erforderlichen Eingriffe (bitte einzeln benennen)?
64. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es ein Treffen zwischen Vertretern des Bundesverkehrsministeriums und der „BILD“-Zeitung im März 2011 zum Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bzw. zu Flugrouten (bitte unter Angabe aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Ort und Zeit sowie Inhalt bzw. Ergebnis des Gespräches)?
65. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Regelungen des Personenbeförderungsgesetzes müssen aus Sicht der Bundesregierung aufgrund der Digitalisierung und der damit in Zusammenhang stehenden neuen Geschäftsmodelle von Fahrdienstanbieterinnen und -anbietern überarbeitet werden, und welche Auswirkungen werden diese Überarbeitungen insbesondere für das Taxigewerbe, für Leihwagen- und Carsharing-Autodienste haben?
66. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die Voraussetzungen für das Erlangen eines Personenbeförderungsscheins innerhalb des Taxigewerbes zu ändern, und wenn ja, wie?

67. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Prozent der öffentlich zugänglichen Ladepunkte für Elektrofahrzeuge in Deutschland sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nicht eichrechtskonform, und wie viel Prozent der im Rahmen der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge bereits errichteten Ladepunkte sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nicht eichrechtskonform?
68. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Änderungen des Rechtsrahmens kann es Ländern und Städten ermöglicht werden, „verbindliche Anforderungen und Emissionsgrenzwerte für Busse und Taxis festzulegen“ (Brief an EU-Kommissar Karmenu Vella, Ausschussdrucksache 19(15)3), und in Bezug auf welche Anforderungen und Emissionen können diese Festlegungen erfolgen?
69. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Können die Maßnahmen der angekündigten neuen Rechtsgrundlage zur Anordnung von streckenbezogenen Verkehrsverboten oder -beschränkungen (Antwort zu Frage 34 auf Bundestagsdrucksache 19/776) nur für einzelne Straßen, ggf. innerhalb und außerhalb vorhandener Umweltzonen, oder auch für das Gebiet von Umweltzonen insgesamt angeordnet werden, und inwiefern können die streckenbezogenen Maßnahmen auf bestimmte Fahrzeuge, beispielsweise differenziert nach Antriebsarten und/oder Abgasnorm, beschränkt werden, so wie die Bundesregierung es in der Antwort zu Frage 3 auf Bundestagsdrucksache 18/10191 vertreten hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

70. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den für den 27. Februar 2018 angekündigten Urteilen des Bundesverwaltungsgerichtes in den Verfahren zu den Sprungrevisionen der Länder Nordrhein-Westfalen (BVerwG 7 C 26.16) und Baden-Württemberg (BVerwG 7 C 30.17) zum Immissionsschutz in den Städten Düsseldorf und Stuttgart?
71. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Gründe haben dazu geführt, dass die in der am 21. Februar 2018 ausgestrahlten Sendung „Report Mainz“ aufgegriffene vom Umweltbundesamt beauftragte Studie zur Quantifizierung von umweltbedingten Krankheitslasten aufgrund der Stickstoffdioxid-Exposition in Deutschland und im Mai 2017 fertiggestellte Studie bis heute nicht veröffentlicht wurde?
72. Abgeordnete
Dr. Bettina Hoffmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit liegen der Bundesregierung Informationen vor, dass Menschen, die Konzentrationen von bis zu 40 Nanogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft ausgesetzt sind, aufgrund dieser Luftbelastung vorzeitig an Herz-Kreislauf-Erkrankungen sterben?
73. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hält die Bundesregierung den am 17. Februar 2018 im Magazin „FOCUS“ veröffentlichten Vorschlag eines spürbaren CO₂-Preises von 25 bis 30 Euro pro Tonne von Johannes Teyssen als ein wirksames Instrument für den Klimaschutz für plausibel, und unterstützt sie diesen Vorschlag?

74. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bei der im Klimaschutzplan 2050 im Herbst 2016 festgehaltenen Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ bisher unternommen (bitte unter Angabe von möglichen inhaltlichen Vorbereitungen, Überlegungen zum Teilnehmerinnen- und Teilnehmerkreis), und wann wird mit ersten Ergebnissen zu rechnen sein?
75. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat sich die Bundesregierung im Rahmen der Deutsch-Belgischen Nuklearkommission mit der belgischen Seite über die Precursor-Ereignisse in belgischen Atomkraftwerken ausgetauscht, und hat die Bundesregierung die für eine vertiefte Analyse der Precursor-Ereignisse benötigten Informationen und technischen Daten vom Betreiber/der zuständigen atomrechtlichen Aufsichtsbehörde erbeten (bitte mit Begründung)?
76. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass ins Ausland exportierter Plastikmüll verwertet bzw. aufbereitet wird, und inwiefern liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, dass aus Deutschland exportierter Plastikmüll im Ausland dauerhaft deponiert wird (ggf. Länder benennen)?
77. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welche Länder wird nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Importverbot der Volksrepublik China vom 1. Januar 2018 vermehrt Plastikmüll aus Deutschland exportiert, und wie hatte sich die aus Deutschland nach China exportierte Plastikmüllmenge vor dem dortigen Importverbot in den letzten zehn Jahren entwickelt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

78. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen jenseits des in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 19/887 erwähnten Schreibens wirkt die Bundesregierung darauf hin, dass Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer, entsandtes Personal sowie Personal der durch

die Bundesregierung geförderten Organisationen die „einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsvorschriften“ bezüglich des Sozialverhaltens wie z. B. sexuelle Ausbeutung einhalten (bezogen auf nationales Personal, entsandtes Personal und internationales Personal, das im Auftrag von durch die Bundesrepublik Deutschland geförderten Organisationen handelt)?

79. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Unternehmen erwägen aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung einen Ausstieg aus dem „Textilbündnis“ des BMZ (in einem Interview mit der Berliner Zeitung sagte der KIK-Geschäftsführer Patrick Zahn am 22. Februar 2018: „Wir machen uns einige Sorgen: Die Mitglieder decken inzwischen weniger als die Hälfte des deutschen Marktes ab, wichtige Player, auch aus dem Online-Bereich, fehlen. Zudem erwägen wohl weitere Unternehmen einen Austritt“ – Berliner Zeitung vom 22. Februar 2018), und welche Maßnahmen ergreift Bundesminister Dr. Gerd Müller, um das Bündnis zu retten?

80. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung bezüglich deutscher und europäischer Naturschutzvorhaben in Entwicklungsländern daraus, dass die Europäische Union nach tödlichen Schüssen auf Indigene die Zahlungen für Wasser- und Aufforstungsprogramme in den kenianischen Mount Elgon und Cherangani Hills einstellte (www.theguardian.com/environment/2018/jan/19/kenya-forest-death-activists-blame-eu-for-ignoring-human-rights-warnings), und welche konkreten Vorkehrungen ergreift die Bundesregierung im Rahmen von mit deutschen Haushaltsmitteln geförderten Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern, um eine Militarisierung von Naturschutzprogrammen (<https://theconversation.com/foreign-conservation-armies-in-africa-may-be-doing-more-harm-than-good-80719>) zu verhindern?

81. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Empfehlungen für das Verhandlungsmandat für die Verhandlungen im Rahmen des Post-Cotonou-Prozesses (https://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/pc-com-acp-2017-763-annex-20171212_en.pdf) vollumfänglich (bitte gegebenenfalls angeben, wo die Bundesregierung Änderungen beim Verhandlungsmandat einfordern will), und wie

soll nach Kenntnis der Bundesregierung die Forderung in dem Verhandlungsmandat konkret umgesetzt werden, den „faire[n], nachhaltige[n] und ungestörte[n] Zugang zum extraktiven Sektor, inklusive Meeresbodenabbau, für alle Wirtschaftsakteure“ zu sichern (ebenda, S. 29)?

